# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 40 Goldpfennige, amtliche Zeile 50 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998.

Nr. 170 — Mittwoch, den 23. Juli 1924 — 19. Jahrgang


## Das Mißtrauen der Geldgeber.

**Es wäre zwecklos, der Londoner Konferenz ein Prognostikon zu stellen. Von Stunde zu Stunde wandelt sich das Bild und mit Unbehagen sehen die Ministerpräsidenten der Entente ein soeben beschlossenes Kompromiß wieder auseinandergleiten. Nichts steht fest. Mühsam genug hatte man sich gegen Ausgang der vergangenen Woche wenigstens im ersten Ausschuß, der die deutschen Verfehlungen und deren Folgen zu behandeln hat, auf eine Entscheidung festgelegt, die zwar für uns unannehmbar erschien, aber trotzdem die einstimmige Billigung aller Beteiligten gefunden hatte. Das war freilich nur dadurch möglich gewesen, daß Macdonald, der sich augenblicklich überhaupt nur durch seinen Drang nach Ergebnissen auszeichnet, im übrigen aber an Grundsätzen nicht mehr festzuhalten scheint, ganz erhebliche Zugeständnisse den französischen Wünschen gemacht hatte.**

Und nun ist das alles nichts gewesen. Eine gewichtige Stimme erhob sich und blies diese Beschlüsse weg. Man hatte nämlich vergessen, die englisch-amerikanische Hochfinanz nach ihrer Ansicht zu fragen, und da sie das Geld geben soll, ohne das der Dawesbericht nicht materialisiert werden kann, so war ihre Meinung eigentlich die entscheidende. Nur wenn sie die Beschlüsse der ersten Kommission als ausreichende Garantie für die Geldgeber ansehen konnte, waren diese Beschlüsse zunächst einmal endgültig. „Zunächst" deshalb, weil schließlich auch Deutschland trotz der bisherigen Nichteinladung ein Wort dabei mitzusprechen hat. Im offiziellen Organ Stresemanns aber stand bereits zu lesen, daß sich die deutsche Regierung mit den Londoner Kompromissen nicht abfinden könnte.

Am Montag nun haben die führenden Bankiers, es sind Lamont, der Mitinhaber Morgans, Kindesley Montague, Norman, der Gouverneur der Bank von England, Owen Young und der frühere englische Schatzkanzler Mac Kenna, ihr Sprüchlein hergesagt. Zunächst einmal grundsätzlich: keine freie Hand für irgendeinen Gläubigerstaat Deutschlands. Sodann aber haben sie einem gewiß gesunden Mißtrauen gegen die Reparationskommission Ausdruck gegeben. Die Behörde, die unter Verletzung des Versailler Vertrages in recht eigenmächtiger Weise die Ruhrbesetzung beschlossen hat, kann in der Tat den Anleihezeichnern keine Bürgschaft für die Innehaltung neuer Verträge geben. Auch der Amerikaner an ihrer Spitze würde daran nur wenig ändern. Sie gingen soweit, mit aller Bestimmtheit ein völliges Fiasko der Anleihe in Aussicht zu stellen, wenn die Beschlüsse der Kommission nicht rückgängig gemacht würden.

Es ist selbstverständlich, daß diese Erklärung zu einer Erschütterung der Konferenz geführt hat. Macdonald selbst ließ sich wohl belehren, zumal es scheint, als ob auch der amerikanische Staatssekretär Hughes, der nur zufällig in London war, einen ähnlichen Standpunkt dem englischen Premierminister gegenüber vertreten hat. Anders aber verhält es sich mit Herriot und Theunis. Der belgische Ministerpräsident könnte vermutlich auf die englische Seite treten, ohne in seinen Parlamenten unüberwindlichen Schwierigkeiten zu begegnen, aber er hat sich in der letzten Zeit sehr erheblich festgelegt und Poincaresche Politik gegen Poincares Nachfolger getrieben. Herriot aber, das muß ganz ehrlich zugegeben werden, befindet sich in keiner beneidenswerten Lage. Er steht vor der Wahl, entweder die Konferenz durch ein hartnäckiges Nein zu sprengen und damit eine ungeheure Verantwortung auf sich zu nehmen, oder aber mit einem Ergebnis heimzukehren, das ihm vermutlich sehr bald die Stellung kosten wird.

Kompromißmöglichkeiten zeichnen sich bereits ab. Man spricht in London davon, anstelle der Repka die Finanzkommission des Völkerbundes zu setzen, oder aber das Daweskomitee, also die Urheber des Gutachtens, mit der Kontrolle seiner Durchführung zu beauftragen. Beides würde voraussichtlich eine verständige Lösung sein, die auch die Zeichner der Anleihe vollständig befriedigen könnte, fraglich bleibt jedoch, ob Herriot Format genug besitzt, um seiner eigenen Ueberzeugung zu folgen und nach Annahme dieses Kompromisses seinen Gegnern in Paris entgegenzutreten. Davon hängt der Ausfall der Londoner Konferenz ab.

## Macdonalds Abrüstungspläne

Bern, 22. Juli. Der Generalsekretär des Völkerbundes erhielt ein von Macdonald unterzeichnetes Schreiben der britischen Regierung, in dem der englische Standpunkt zu dem Genfer Protokollentwurf eines Garantiepaktes dargelegt ist und das wichtige Hinweise über die Stellung Englands zur Abrüstungsfrage enthält. Das Schreiben betont, daß die englische Regierung dieser Frage größere Bedeutung beilege, als derjenigen der Rüstungsbeschränkung. Die englische Regierung erhebe jedoch gegen den Entwurf des Garantiepaktes eine Reihe von Einwänden, die des näheren dargelegt werden. Die britische Regierung könne den Garantiepakt nicht empfehlen. Daran schließt sich eine Darlegung der leitenden Gesichtspunkte der englischen Politik in der Abrüstungsfrage, die darin gipfelt, daß sobald sich eine günstige Gelegenheit bietet, die Regierungen der ganzen Erde sich zu einer Konferenz versammeln müßten, deren Aufgabe die Ausarbeitung eines Planes der Rüstungsverminderung sein müßte.

# Die Hochfinanz erhebt Einspruch.

### Die englisch-amerikanischen Finanzkreise lehnen das Kompromiß des ersten Ausschusses ab.

## Die Einwendungen der Hochfinanz.

London, 22. Juli. Die vier Hauptdelegierten des ersten Ausschusses besprachen ihren Vergleich gestern im Schatzkanzlerzimmer des Unterhauses stundenlang mit den Bankiers. Es bestätigt sich, daß die Bankiers deutlich zu verstehen gegeben haben, daß der gestern veröffentlichte Bericht des ersten Ausschusses nicht genügt, und daß sie hierin keine genügende Sicherheit für die Zeichner der Anleihe erblicken. Sowohl die englischen und amerikanischen Finanzleute nehmen besonders Anstoß an dem vierten Artikel des Berichts des ersten Ausschusses in dem die Vertragsmächte mit alle ihre Rechte aus dem Versailler Vertrag vorbehalten, d. h. nach französischer Auslegung auch das Recht zur selbständigen Ergreifung von Sanktionen. Die Finanzkreise wollen aber die Möglichkeit neuer territorialer Sanktionen ausgeschaltet wissen. Da der ganze Dawesbericht mit dem Zustandekommen der Anleihe steht und fällt, so hält man es englischerseits für erforderlich, den Anforderungen der Bankiers, die allerdings in einigen Punkten ziemlich rigoros sein sollen, nach Möglichkeit entgegenzukommen. Unerledigt ist auch noch die Frage der rheinisch-westfälischen Eisenbahnen.

Heute will der Fünferrat sein Glück mit den Bankiers versuchen. Auch nach seiner Angabe erwiesen sich zwei gestrige Versuche des Fünferrates, eine Verständigung herbeizuführen, als erfolglos, sie sollen heute fortgesetzt werden. Die britischen militärischen Sachverständigen behaupten ebenso kategorisch, daß das vor der Ruhrinvasion bestandene Arragement für die Sicherheit der Truppen vollauf genüge, was die Franzosen bestreiten.

Im anderen Unterausschuß des zweiten Ausschusses dauert das Ringen um bestimmte Punkte, die die Engländer für die Ausführung der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes diktieren möchten, weiter fort. Sie bestehen darauf, Mitte August sollte für den Abschluß der ersten Phase, nämlich die Beseitigung aller Zollschranken und Wiedereinsetzung der vertagten Beamten, völlig genügen und am 1. oder 15. Oktober sollte die Räumung perfekt sein, vorausgesetzt, daß bis dahin die neue deutsche Eisenbahnorganisation funktioniert. Die Franzosen erklären diese Frist für viel zu kurz.

Unter diesen Umständen ist das Datum der Vollsitzung, das auch über die Frage der deutschen Einladung entscheiden soll, noch unsicher. Man scheint hier allgemein anzunehmen, daß der französisch-belgische Widerstand hierin faktisch überwunden ist und die Konferenz mit den Deutschen am Montag anfangen wird, wozu „Daily Herald" schreibt, dann wird die wirkliche Krise kommen. Die höchste Aufgabe unserer politischen Kunst bleibt eine Verständigung (!) zwischen Deutschland und Frankreich in der Frage der militärischen Besetzung herbeizuführen. Gelingt dies nicht, so wird uns kein Dawesplan oder irgendein Plan, um Zahlung von Deutschland zu erlangen, zur Herstellung des wirklichen Friedens im Westen im geringsten näherbringen.

### Verständigung mit Frankreich unmöglich!

London, 22. Juli. Nach Ausgang der Zusammenkunft hatte sich Lamont nach dem Hydepark-Hotel begeben und mit dem französischen Ministerpräsidenten, wie der „Newyork Herald" meldet, nahezu 4½ Stunden gesprochen. Lamont legte Herriot den Standpunkt der anglo-amerikanischen Finanzkreise in der Frage der geforderten Zusatzgarantien dar. Herriot soll den amerikanischen Kapitalisten schließlich geantwortet haben, daß die innerpolitische Situation es ihm nicht ermögliche, die angeforderten politischen Garantien zu gewähren. In den Londoner franko-belgischen Kreisen haben die neuaufgetauchten Schwierigkeiten einen äußerst ungünstigen Eindruck gemacht, da die in der Frage der Verfehlungen und der Sanktionen erzielte Verständigung wieder völlig zweifelhaft geworden ist. In Paris hat die neue Wendung der Dinge selbstverständlich ganz außerordentlich verstimmt. Pertinax zufolge soll Young gestern abend amerikanischen Korrespondenten erklärt haben, daß eine Verständigung mit der französischen Politik tatsächlich ein Ding der Unmöglichkeit sei.

## Die Haussuchungen im Reichstag.

### Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrags gegen Präsident Wallraf

Als Präsident Wallraf die Sitzung um 3,20 Uhr eröffnen will, schreien die Kommunisten, wie am ersten Sitzungstage wiederum im Chor: „Heraus mit den politischen Gefangenen, Amnestie, Amnestie!" Das Geschrei hält aber nur etwa fünf Minuten an. Besonders die weiblichen kommunistischen Abgeordneten beteiligen sich eifrig daran. Der Präsident achtet nicht weiter darauf, sondern eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß die Reichsregierung die Beantwortung der kommunistischen Interpellation über die Haussuchung im Reichstage abgelehnt habe, da es sich hier um eine richterliche Maßnahme handele. (Lärm bei den Kommunisten.) Der Präsident gibt dann Auskunft über die Angelegenheit der Durchsuchung der Schränke der kommunistischen Abgeordneten im Reichstage.

Zur Beratung gestellt werden dann die kommunistischen Anträge, die sich gegen die Haussuchung im Reichstag richten, ebenso die von der Regierung abgelehnte kommunistische Interpellation zu dem gleichen Gegenstand.

Abg. Katz (Komm.) wirft der Polizei vor, sie habe im Reichstage wie die Vandalen gehaust. (Lebhafter Widerspruch.) Präsident Wallraf habe geflissentlich mit seinem Rechts- und Verfassungsbruch gewartet, bis der Reichstag nicht mehr zusammen war. Es wiederhole sich jetzt die verlogene Mordbeschuldigung gegen die Kommunisten, wie sie von Nero gegen die ersten Christen von Bismarck gegen die Sozialdemokraten verbreitet wurde um einen Vorwand zur politischen Unterdrückung zu schaffen. Die politischen Mörder seien bei den Deutschvölkischen und Deutschnationalen zu suchen. (Lärm rechts.) Der Deutschnationale v. Kries habe vor dem Rathenaumord einen der Mörder zu der „beabsichtigten vaterländischen Tat" beglückwünscht. (Lärm rechts und bei den Komm.) Das von Spitzeln gegen die Kommunisten zusammengetragene Material habe sich als eitel Schwindel erwiesen. In der deutschvölkischen Presse des Landbundes werde ungestraft zu Mordtaten gegen Kommunisten und Republikaner aufgefordert. Ueber 350 Morde sind aus politischen Motiven von Parteigängern der Partei auf der Rechten gegen Angehörige der Arbeiterparteien, gegen Republikaner, verübt worden. Der angebliche Attentatsplan gegen Noske sei die übelste Spitzelmache gewesen. Die Kommunisten wünschten in Wirklichkeit Noske ein recht langes Leben, denn er sei der beste unfreiwillige Agitator für die Kommunisten. In Hannover habe zu den Hauptträgern der Noske-Polizei der 38fache Mörder Haarmann gehört; dieses Subjekt wurde von der Polizei der Severing und Noske sechs Jahre lang besoldet, konnte sechs Jahre lang dieses unglaubliche Treiben fortsetzen. Der Fall Haarmann ist ein Fall Noske, ist ein Fall Severing, ist ein Fall Wallraf!

Abg. Dr. Levi (Soz.) beantragt Ueberweisung der Anträge an den Geschäftsordnungsausschuß.

Präsident Wallraf widerspricht der Meinung daß bisher die Reichstagspräsidenten nur mit den Zentralinstanzen verkehrt hätten. Er erklärt weiter: „Ich habe mich des alten deutschen Rechtssatzes erinnert, daß man dem Angegriffenen möglichst Freiheit in der Verteidigung lassen soll und habe es darum für eine vornehme Pflicht gehalten, alle gegen mich gerichteten Angriffe des Abgeordneten Katz, die bis zum Vorwurf des politischen Lustmordes gingen, zu überhören. Das bedeutet aber nicht, daß ich künftig ähnlich schwere Angriffe gegen Beamte und Behörden durchgehen lassen würde.

v. Graefe (Natsoz.) äußerte große Bedenken gegen das hier von Justiz und Polizei eingeschlagene Verfahren. Der Präsident habe vielleicht im guten Glauben gehandelt, aber seine Zustimmung zu der Durchsuchung sei bedauerlich. Der frühere Präsident Löbe habe die Rechte der Abgeordneten in anerkennenswerter Weise gegen die Willkür der von Sozialdemokraten geleiteten Polizei verteidigt.

Nach dem Schlußwort des Abg. Katz erfolgt die Ab-